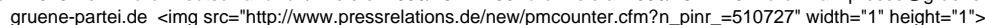




## Flüchtlinge nicht schikanieren

Flüchtlinge nicht schikanieren  
Zur morgigen Demonstration anlässlich des Abschlusses des "Flüchtlingsmarsches" sowie zur Bundesratsinitiative, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, erklären Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Barbara Lochbihler, Europaabgeordnete und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments: "Ob es um die Abschaffung der Residenzpflicht und des Arbeitsverbotes oder die Förderung nach menschenwürdigen Unterkünften und Bildungszugang geht, die Anliegen der Flüchtlinge sind berechtigt. Noch immer werden Asylsuchende in Deutschland einem repressiven Regime von Kontrolle und Schikanen ausgesetzt, noch immer haben sie angesichts solcher Bedingungen keine Chance, sich hier zu integrieren. Das Ziel dieser entwürdigenden Behandlung ist offensichtlich: Flüchtlinge sollen zur freiwilligen Rückkehr bewegt werden. Jeder, der hier Schutz vor staatlicher oder nicht-staatlicher Verfolgung sucht, hat nicht nur ein Recht auf ein faires Verfahren, sondern auch auf soziale Grundsicherung sowie gleichberechtigte Behandlung. Das hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht mit seinem jüngsten Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz eindeutig bestätigt. Nun gilt es, einen Schritt weiterzugehen. Dieses Gesetz mit dem Sachleistungsprinzip muss weg. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Brandenburg zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Abgeschafft werden muss auch die unsinnige Residenzpflicht. Alle Asylsuchenden müssen die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, was sie essen und wo sie leben. Und sie müssen ihre in Deutschland lebenden Freunde oder Verwandten besuchen können. Die Residenzpflicht schränkt nicht nur die Bewegungsfreiheit ein. Sie unterstützt auch die Kriminalisierung von Flüchtlingen und kann so dazu beitragen, dass Asylanträge abgelehnt oder Menschen ausgewiesen werden. Statt Flüchtlinge auf diese Art und Weise aus der Gesellschaft auszuschließen, müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die eine Integration ermöglichen. Etwa mit Deutschkursen und einer Arbeitserlaubnis." Kontakt: Bündnis 90/Die Grünen  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
11015 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/28442130  
Telefax: 030/28442234  
Mail: [presse@gruene.de](mailto:presse@gruene.de)  
URL: <http://www.gruene-partei.de> 

## Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

[gruene-partei.de](http://gruene-partei.de)  
[presse@gruene.de](mailto:presse@gruene.de)

## Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

[gruene-partei.de](http://gruene-partei.de)  
[presse@gruene.de](mailto:presse@gruene.de)

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.